

Gesellschaft

Forscher sehen eine „Krise der Verbundenheit“

22. Mai 2025, 12:05 Uhr Lesezeit: 3 Min.

Die Stimmung in Deutschland wird immer aggressiver, die Menschen ziehen sich ins Private zurück, das „Wir-Gefühl“ geht verloren, zeigt eine neue Studie. Es gibt aber auch Ideen, wie sich das wieder ändern ließe.

Von Benedikt Peters

Friedrich Merz hatte etwa eine Minute gesprochen, als er in seiner ersten Regierungserklärung vergangene Woche sagte: „Wir wollen regieren, um Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stiften, vor allem da, wo er uns verloren gegangen ist.“ Zusammenhalt stiften: Angesichts der vielen Ausrufezeichen und Großbuchstaben in den sogenannten sozialen Netzwerken und angesichts der politischen Umfragewerte ahnte man schon, dass auf den Bundeskanzler in dieser Sache einiges an Arbeit zukommen würde.

Wie viel Arbeit, das illustriert nun eine repräsentative Studie des Rheingold-Instituts im Auftrag der Düsseldorfer Identity Foundation. Eine sehr große Mehrheit der Menschen in Deutschland hält demnach den gesellschaftlichen Zusammenhalt für bedroht; 88 Prozent zeigen sich besorgt über „eine wachsende Trennung und Vereinzelung“.

89 Prozent halten die Gesellschaft für gespalten und sagen, ein gemeinsames „Wir-Gefühl“ sei verloren gegangen. Ebenfalls 89 Prozent empfinden den Umgang untereinander als zunehmend aggressiv. Der Blick in die Zukunft ist zudem äußerst pessimistisch: Nur neun Prozent glauben, dass sich das Gemeinschaftsgefühl in den nächsten Jahren verbessern wird. Vor zwei Jahren lag der Wert noch bei 17 Prozent.

Menschen mit anderen Meinungen werden gemieden

Die Gründe für diese „Krise der Verbundenheit“ sehen die Autoren um den Psychologen

Stephan Grünewald darin, dass sich viele Menschen ins Private zurückzögen. Die vielen internationalen Krisen, der Überfall auf die Ukraine etwa und der Krieg in Gaza, wirkten dabei wie „Brandbeschleuniger“.

Die Menschen versuchten, sich von der „beunruhigenden Außenwelt“ abzuschotten. Schutz und Geborgenheit suchten sie demnach vorwiegend in kleinen, aber engen sozialen Kreisen aus Gleichgesinnten, das gelte sowohl für Familien- und Freundeskreise als auch für Aktivitäten im Internet. Menschen mit anderen Meinungen würden gemieden. „Für eine Demokratie, die auf die Fähigkeit zum Gespräch und zum Perspektivwechsel baut, ist diese Entwicklung besorgniserregend“, sagte Grünewald am Donnerstag bei der Vorstellung der Studie.

Die Forscher beschränkten sich jedoch darauf, die gefühlte Spaltung der Gesellschaft abzufragen; interessant wäre darüber hinaus gewesen, die tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten in politischen Streitfragen zu ergründen. Der Soziologe Steffen Mau etwa kam 2023 in einer viel beachteten Untersuchung zu dem Schluss, dass die Einigkeit in zentralen Politikfeldern – sei es der Klimawandel, gesellschaftliche Ungleichheit oder selbst in der Migrationspolitik – größer sei als gemeinhin beschrieben, auch wenn einzelne Themen heftige Konflikte „triggerten“, also auslösten. Das Bild einer tiefen Spaltung im Sinne zweier sich unversöhnlich gegenüberstehender Lager sei überzogen, hatte Mau geschrieben; zwei Jahre später, nach all dem Streit in der Ampelkoalition, nach der zweiten Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten und nach dem neuerlichen Aufstieg der AfD wäre ein Update dazu spannend gewesen.

Auch eine gefühlte Spaltung kann zum Problem werden

Allerdings kann auch die gefühlte Spaltung zum Problem werden, wie die Rheingold-Forscher zeigen. Sie bestätigen etwa den Ansehensverlust demokratischer Institutionen und von Medien, der sich bereits in anderen Untersuchungen gezeigt hat. Ihren Daten zufolge vertrauen nur noch 47 Prozent dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, bei privaten Medien liegt der Wert bei 35 Prozent. Institutionen wie Parlamenten und der Bundesregierung vertrauen noch 34 Prozent der Befragten.

Zugleich lässt sich aus der Studie ableiten, wie sich die Lage wieder verbessern könnte. Auf die Frage, was sie bräuchten, um wieder mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt zu empfinden, antworteten die meisten Befragten, sie müssten sich dafür respektiert fühlen,

ihre Anliegen müssten „gehört und ernst genommen werden“.

Die größten Sorgen machen sich die Befragten derzeit um die wirtschaftliche Lage in Deutschland, um die Migrationspolitik und um soziale Themen wie bezahlbaren Wohnraum, die Preissteigerungen und die Altersarmut. Anders gesagt: Auf diesen Feldern muss die Bundesregierung liefern, so wie es Kanzler Merz unter anderem in seiner Regierungserklärung versprochen hat.

Die Studie ist auch ein Aufruf an jeden Einzelnen

Ein weiteres Problem sehen die Menschen in der Sicherheit im öffentlichen Raum. Nur 28 Prozent sagen, sie fühlten sich dort sicher. Das dürfte auch mit der Vielzahl von Anschlägen in den vergangenen Monaten zu tun haben, etwa auf einem Weihnachtsmarkt in Magdeburg, in einem Park in Aschaffenburg und in der Mannheimer Fußgängerzone. Die gefühlte Sicherheit in der Öffentlichkeit wieder zu erhöhen, auch das ist, so gesehen, eine Aufgabe für die Regierung Merz.

Den Wunsch nach mehr Zusammenhalt verspüren der Untersuchung zufolge sehr viele Menschen. 76 Prozent sagen, es sei ihnen besonders wichtig, Teil einer sozialen Gemeinschaft zu sein. 95 Prozent sind der Meinung, allein aufgrund der weltpolitischen Lage brauche es wieder mehr Zusammenhalt in Deutschland. 77 Prozent wünschen sich gemeinsame Ziele, auf die die Gesellschaft hinarbeitet.

Verstehen lässt sich die Studie auch als ein Aufruf an jeden Einzelnen. Die Forscher beschreiben, nicht unbedingt überraschend, dass vor allem jene Menschen gesellschaftlichen Zusammenhalt empfinden, die sich engagieren: etwa im Sportverein, in einem Ehrenamt, in der Nachbarschaft oder in politischen Initiativen. Solche Aktivitäten aber nehmen seit Jahren ab. Es gehe deshalb darum „nicht nur das bröckelnde Miteinander zu beklagen“, so der Psychologe Grünewald, „sondern aktiv im Alltag mehr Verbundenheit zu leben“.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen für 0,99 € zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter:
www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/li.3256588

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.